

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Bernd Schattner, Stephan Protschka, Peter Felser, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/9321 –**

Landwirte in Deutschland unterstützen – Bedarfsgerechten Pflanzenschutz nach guter fachlicher Praxis gewährleisten

A. Problem

Die Fraktion der AfD legt dar, dass die Kommission der Europäischen Union (EU) beabsichtigt, die zum 15. Dezember 2023 in der EU auslaufende Zulassung für den Pflanzenschutzmittelwirkstoff Glyphosat um weitere zehn Jahre zu verlängern. Zuvor hatte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) bei ihrer Bewertung der Auswirkungen von Glyphosat auf die Gesundheit von Mensch und Tier sowie auf die Umwelt nach Darstellung der Antragsteller keinerlei kritische Problembereiche festgestellt. Zahlreiche internationale Behörden und wissenschaftliche Institute teilen nach Auffassung der Fraktion der AfD diese Einschätzung der EFSA. Im Fall einer Zulassungsverlängerung muss die Bundesregierung deshalb nach Ansicht der Antragsteller das ab dem 1. Januar 2024 (für Deutschland) geltende generelle Anwendungsverbot von Glyphosat ersatzlos streichen. Andernfalls entsteht ihnen zufolge der deutschen Landwirtschaft ein erheblicher Wettbewerbsnachteil im gemeinsamen Binnenmarkt.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, das ab 1. Januar 2024 geltende Anwendungsverbot von Glyphosat im Fall einer Verlängerung der Zulassung von Glyphosat auf EU-Ebene aus der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung zu streichen (§ 9 PflSchAnwV).

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/9321 abzulehnen.

Berlin, den 29. November 2023

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Hermann Färber
Vorsitzender

Dr. Franziska Kersten
Berichterstatterin

Artur Auernhammer
Berichterstatter

Karl Bär
Berichterstatter

Dr. Gero Clemens Hocker
Berichterstatter

Bernd Schattner
Berichterstatter

Ina Latendorf
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Franziska Kersten, Artur Auernhammer, Karl Bär, Dr. Gero Clemens Hocker, Bernd Schattner und Ina Latendorf

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 137. Sitzung am 16. November 2023 den Antrag der Fraktion der AfD auf **Drucksache 20/9321** an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der AfD legt dar, dass die Kommission der Europäischen Union (EU) beabsichtigt, die zum 15. Dezember 2023 in der EU auslaufende Zulassung für den Pflanzenschutzmittelwirkstoff Glyphosat um weitere zehn Jahre zu verlängern. Zuvor hatte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) bei ihrer Bewertung der Auswirkungen von Glyphosat auf die Gesundheit von Mensch und Tier sowie auf die Umwelt nach Darstellung der Antragsteller keinerlei kritische Problembereiche festgestellt. Zahlreiche internationale Behörden und wissenschaftliche Institute teilen nach Auffassung der Fraktion der AfD diese Einschätzung der EFSA. Im Fall einer Zulassungsverlängerung muss die Bundesregierung deshalb nach Ansicht der Antragsteller das ab dem 1. Januar 2024 (für Deutschland) geltende generelle Anwendungsverbot von Glyphosat ersatzlos streichen. Andernfalls entsteht ihnen zufolge der deutschen Landwirtschaft ein erheblicher Wettbewerbsnachteil im gemeinsamen Binnenmarkt.

Die Fraktion der AfD erklärt (mit Stand 22. September 2023), dass die Kommission der EU zudem beabsichtigt, im Rahmen ihres Green Deal die Verwendung „gefährlicherer“ Pflanzenschutzmittel EU-weit bis zum Jahr 2030 pauschal zu halbieren sowie die Pflanzenschutzmittel-Anwendung in „sensiblen Gebieten“ generell zu verbieten. Folgenabschätzungen zeigen nach Schilderung der Fraktion der AfD, dass dies erhebliche Ertrags- und Einkommensverluste in der Landwirtschaft verursachen würde. Dadurch würde sich Deutschland nach Auffassung der Antragsteller noch abhängiger von Lebensmittelimporten aus dem Ausland machen, wo die Lebensmittel ihnen zufolge zudem zu deutlich niedrigeren Standards erzeugt werden. Die Fraktion der AfD legt in ihren Worten dar, dass im Interesse der deutschen Bauernfamilien und aufgrund der sicherheitspolitischen Bedeutung der Landwirtschaft die Bundesregierung diesen Plänen der Kommission der EU, die ihr zufolge die Existenzen der deutschen Landwirte und die Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln gefährden, deshalb nicht zustimmen darf.

Mit dem Antrag der Fraktion der AfD soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

1. das ab 1. Januar 2024 geltende Anwendungsverbot von Glyphosat im Fall einer Verlängerung der Zulassung von Glyphosat auf EU-Ebene aus der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung zu streichen (§ 9 PflSchAnwV);
2. sicherzustellen, dass ein bedarfsgerechter Pflanzenschutz nach guter fachlicher Praxis auch weiterhin gewährleistet werden kann;
3. sich auf EU-Ebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass der Entwurf der Kommission der EU für eine neue Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln („Sustainable Use Regulation – SUR“) ersatzlos gestrichen wird.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat in seiner 57. Sitzung am 29. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/9321 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/9321 in seiner 50. Sitzung am 29. November 2023 abschließend beraten.

2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/9321 abzulehnen.

Berlin, den 29. November 2023

Dr. Franziska Kersten
Berichterstatterin

Artur Auernhammer
Berichterstatter

Karl Bär
Berichterstatter

Dr. Gero Clemens Hocker
Berichterstatter

Bernd Schattner
Berichterstatter

Ina Latendorf
Berichterstatterin

